

# Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

**CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

**Nr.: A 21/0781-01**

Status: öffentlich

Datum: 24.09.2021

**Städtische/r Bürgerbeauftragte/r für Digitalisierungsfragen**

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU**

## Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Hauptausschuss	07.10.2021	Ö	Entscheidung

## Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU beantragen:

1. Der Hauptausschuss befürwortet die Bestellung einer/s ehrenamtlichen städtischen Bürgerbeauftragten für Digitalisierungsfragen, die bzw. der für alle Fragen des Digitalisierungsprozesses in der Stadtverwaltung und in den städtischen Beteiligungsgesellschaften Ansprechpartner/-in der Bürgerschaft sein soll.
2. Die Verwaltung prüft, ob auch eine Beauftragung des CBE möglich ist.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Hauptausschuss einen personellen Vorschlag zu machen.

## Sachverhalt:

Im Rahmen des fortschreitenden Digitalisierungsprozesses in der Stadtverwaltung und den städtischen Beteiligungsgesellschaften kann es immer wieder bei der Umstellung des Kommunikations- und Antragsverfahrens für die Bürgerschaft zu Schwierigkeiten und Problemen kommen. Da ist ein/e direkte/r Ansprechpartner/in, der/die ehrenamtlich die Position der/des städtischen Bürgerbeauftragten für Digitalisierungsfragen (evtl. mit einer kleinen Aufwandsentschädigung) übernimmt, eine wertvolle Unterstützung bei der Klärung von Beschwerden und Anliegen. Das jüngst diskutierte Beispiel der Fahrtkostenerstattung durch die Ruhrbahn bei Verspätungen über das Online-Verfahren zeigt die Möglichkeit auf, wie der/die dann eingeschaltete städtische Bürgerbeauftragte für Digitalisierungsfragen als

Mittler/in - in diesem Fall mit der städtischen Beteiligungsgesellschaft Ruhrbahn - lösungsorientiert auf ein auch für betroffene Bürger bzw. Kunden zufriedenstellendes Ergebnis hinwirkt und dazu beiträgt, dass Bürgerinnen und Bürger, die nicht digital aufgestellt sind, Dienstleistungen der Stadt weiterhin in Anspruch nehmen können.

Die Antragstellerinnen sind offen für einen Vorschlag, an welcher Dienststelle (z.B. Referat I OB, Amt für Digitalisierung) oder beim CBE der/die städtische Bürgerbeauftragte/r für Digitalisierungsfragen zukünftig „andocken“ soll.

*Christina Küsters*  
CDU-Fraktionsvorsitzende

*Tim Giesbert*  
Fraktionsvorsitzender  
Bündnis 90/Die Grünen